

Editorial

Durch gemeinsame Anträge sowie Änderungsanträge, ist es uns erneut gelungen, Einfluss auf die Entscheidungen des Rats zu nehmen. Wie das genau geschah erzählen wir euch wie gewohnt in unserem Bericht aus dem Rat. Dieses mal sogar mit einem Doppelbericht von den ersten beiden „normalen“ Ratssitzungen 2018. Die erste Ratssitzung im Jahr ist traditionell der Handgifestag, an dem in politischen Reden auf das vergangene Jahr zurück und auf das kommende Jahr hinausgeblickt wird. Dieses Jahr redete Heidi Reichinnek für unsere Fraktion – mehr dazu auf Seite 2.

Darüber hinaus hatten wir Anfang Februar unsere erste Klausurtagung des neuen Jahres. Unsere Themenschwerpunkte Armut, Mobilität und Wohnen wurden besprochen und ein Rückblick auf das Jahr 2017 gewagt.

Um diese Themen in die Öffentlichkeit zu tragen, haben wir am 25. Februar zusammen mit Wolfgang Nafroth eine Medienklausurtagung veranstaltet. Herr Nafroth stellte fundiert dar, warum übliche Strategien der Öffentlichkeitsarbeit ihren Aufwand nicht wert sind. So präsentierte er alternative Konzepte, welche mit recht wenig Aufwand für hohe Aufmerksamkeit sorgen. Manche von ihnen wurden auch schon an den Fensterscheiben unseres Parteibüros und in der Großen Straße ausprobiert.

Solidarische Grüße,

Giesela, Heidi, Anke, Erik und Lars

Rückblick 2. Ratssitzung

Die zweite Ratssitzung im Jahre 2018 fand am 30. Januar statt. Auf der Tagesordnung befanden sich einige brisante Themen, wie zum Beispiel ein Antrag zum Verbot von Glyphosat und eine Resolution zum Erhalt der politischen Vielfalt im Rat, an denen unsere Fraktion DIE LINKE. mitgewirkt hat.

Schulentwicklung in Osnabrück

Neben den oben genannten Themen wurde vor allem die Schulentwicklung in Osnabrück in den Wochen vor der Ratssitzung hitzig diskutiert. Es war zwar eine deutliche Einigkeit bei Sanierungs- und Umbaumaßnahmen der Schulen zu Ganztagschulen zu erkennen, jedoch herrschte große Uneinigkeit über die Zukunft des dreigliedrigen Schulsystems. Während Vertreterinnen der CDU Fraktion ihre große Vorliebe für Schüler*innen des Gymnasialzweigs zur Schau stellten, sprachen sich unsere Ratsfrauen deutlich für das Modell der Integrierten Gesamtschulen kurz IGS aus. Diese „führen als einziges Modell zu wirklicher Inklusion und Integration“ so unsere Ratsfrau Heidi Reichinnek. Daher haben wir als Fraktion DIE LINKE. einen Änderungsantrag eingebracht, welcher die Errichtung von zwei neuen Schulen mit dem Modell IGS vorsah. Dieser Antrag wurde zunächst im Schulausschuss, durch die Anmeldung von weiterem Beratungsbedarf seitens CDU, verschleppt. Im Rat zeigte sich erneut der nicht vorhandene Wille, dem dreigliedrigen Schulsystem komplett den Rücken zu kehren. Stattdessen wurde ein Antrag beschlossen, durch den nun alle Realschulen zu Oberschulen umgebaut werden, um dem großen Bedarf seitens Schüler*innen des unteren Leistungssegments gerecht zu werden. Dieser Teil des Antrags wurde von unseren Ratsfrauen abgelehnt. Zustimmung hingegen erhielt der zweite Teil des Antrags, welcher vorsieht, am Standort der Käthe-Kollwitz-Schule eine IGS zu gründen. Auch ein andere Standort im südlichen Osnabrück wäre für unsere Fraktion denkbar.

Aktuelle Stunde

Die aktuelle Stunde wurde dieses Mal für das Thema Klimaschutz genutzt. Diskutiert wurde der Umstieg vom Auto auf ÖPNV und Fahrrad. Zu diesem Zwecke wurde der

Ausbau des Streckennetzes und die Bezahlbarkeit des ÖPNV von unserer Fraktionsvorsitzenden Giesela Brandes-Steggewentz gefordert. Gleichzeitig hob sie hervor, die Vorliebe vieler Osnabrücker*innen für das Fahrrad mit entsprechenden Maßnahmen zu unterstützen.

Zum Thema Klimaschutz gab es aber auch noch andere Anträge. So wurde die Schaffung neuer Fahrradabstellplätze in Parkhäusern beschlossen. Auch sprach sich die Mehrheit des Rates für die Förderung von Elektro- und Hybridtaxen aus.

Verbot von Glyphosat und Neo-Nikotinoide

Da Glyphosat nicht nur im Verdacht steht krebserregend zu sein, sondern auch verheerende Auswirkungen auf Wildpflanzen und somit auch auf Insekten hat, sind wir froh, dass unser gemeinsamer Antrag auf Zustimmung gestoßen ist. Damit wird der Einsatz von Glyphosat und Neo-Nikotinoiden auf neu zu verpachteten Nutzflächen der Stadt untersagt. Darüber hinaus verzichten die Stadt, die Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften auch künftig auf den Einsatz dieser Stoffe.

Resolution demokratische Vielfalt im Rat erhalten

Vielleicht hatte die Ratssitzung mit dieser Resolution ihren Höhepunkt erreicht. Grundlage war der Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Niedersachsen. Dieser sieht vor, die Mindestgröße, ab der eine Fraktion gebildet werden kann, von zwei auf drei Ratsmitglieder zu erhöhen und dazu die Niedersächsische Kommunalverfassung zu ändern. In der Praxis würden somit DIE LINKE., BOB und UWG/Piraten ihren Fraktionsstatus verlieren. Das wäre für die Meinungsvielfalt innerhalb des Rates verheerend und „ein Angriff auf den Pluralismus der Demokratie“ so Heidi Reichinnek. Besonders war in diesem Fall die Abstimmung, welche namentlich erfolgte. Für unsere Ratsfrau Heidi Reichinnek war es die erste namentliche Abstimmung ihrer Amtszeit. Leider verpasste es der Rat, mit einer doch deutlichen Mehrheit, ein Zeichen Richtung Hannover zu setzen und lehnte diese Resolution ab.

Rückblick Handgiftentag

Das politische Jahr 2018 begann in Osnabrück traditionell mit dem Handgiftentag. Dieses Jahr war unsere Ratsfrau Heidi Reichinnek am Zuge einen politischen Rück- und Ausblick für unsere Fraktion zu wagen.

Die Rede könnt ihr bei den Kolleg*innen des osradio nachhören:

<http://www.osradio.de/stadtrats-sitzungen-osnabruck/>

Termine

09.04., 17:30 Uhr Fraktionssitzung in der Kleinen Ratskammer im Rathaus

23.04., 17:30 Uhr Fraktionssitzung in der Kleinen Ratskammer im Rathaus

07.05., 17:30 Uhr Fraktionssitzung in der Kleinen Ratskammer im Rathaus

08.05. ab 17:00 Uhr Ratssitzung, Ratssitzungssaal im Rathaus

Wann und wo die nächsten Ausschusssitzungen stattfinden, lässt sich am einfachsten über das [Ratsinformationssystem](#) herausfinden.

Rückblick 3. Ratssitzung

Die dritte Ratssitzung in diesem Jahr fand am 06.03. statt. Ein Antrag unserer Fraktion zur Stärkung der Frauenhäuser wurde einstimmig (bei einer Enthaltung) beschlossen. Durch die Mitarbeit an gemeinsamen Anträgen zum Osnabrücker Signal oder Proberäumen konnten wir Einfluss auf die Politik in Osnabrück nehmen.

Osnabrücker Signal

Begonnen hat die Ratssitzung allerdings mit der Resolution des Osnabrücker Signals zum Verbot von Atomwaffen auf deutschem Boden. Die Fraktionen CDU/BOB stellten einen Antrag auf Nichtbefassung, da angeblich kein lokaler Bezug gegeben wäre. Das sehen wir anders. Gerade Osnabrück als Friedensstadt kann sich nicht auf diesem Titel ausruhen und ist in der Pflicht, sich aktiv für Frieden und somit gegen Atomwaffen einzusetzen. Außerdem werden Atomwaffen keinen Bogen um Osnabrück machen, weshalb es sich hierbei sehr wohl um ein Anliegen Osnabrücker Bürger*innen handelt. Die Diskussion wurde ohne die CDU/BOB Gruppe geführt. Diese enthielten sich auch bei der Abstimmung, sodass die Resolution einstimmig beschlossen wurde.

Frauenhäuser stärken

Außerdem haben wir einen Antrag zur Stärkung des Osnabrücker Frauenhauses gestellt. Laut NDR wurden allein in Niedersachsen im vergangenen Jahr 2600 Frauen abgewiesen, weil die Kapazitäten nicht ausreichen. „Dass Frauen bei Frauenhäusern abgewiesen werden geht gar nicht! Hier ist sofort Hilfe und Unterstützung nötig.“ So unsere Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz. Auch hier zeigt sich die Wohnungsnot in Osnabrück, denn das Frauenhaus ist unter anderem überfüllt, weil die

Bewohnerinnen keine bezahlbaren Wohnungen auf dem Markt finden und somit das Haus nicht verlassen können. Giesela Brandes-Steggewentz: „Dabei geht es vor allem auch um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir sollten hier auch leerstehende Wohnungen in den Fokus rücken. Frauen in dieser akuten Notsituation dürfen wir nicht alleine lassen!“

Einwohner*innenfragestunde

Die erste Einwohner*innenfragestunde des Jahres konnte ihr Potenzial leider nicht ausschöpfen: Es fanden gerade mal zwei Bürger*innen den Weg ins Rathaus um Fragen zu stellen. Diese hatten es jedoch direkt in sich: So wurden Maßnahmen der Stadt zur Verbesserung der Wohnungsnot angemahnt und auch auf die Forderung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft verwiesen. Auch der unsägliche Versuch der CDU/BOB Gruppe abgelehnte Asylbewerber*innen als Ursache für Wohnungsmangel anzuführen wurde in diesem Zuge stark kritisiert.

In Zukunft sollte darüber nachgedacht werden die Fragestunde stärker zu bewerben und die Bürger*innen über diese Möglichkeit umfassender zu informieren.

Kreativ- und Proberäume sichern

Abschließend wurde ein Antrag für den Erhalt von Kreativ- und Proberäumen gemeinsam von allen Fraktionen eingebracht. Es geht hierbei um wichtige Proberäume am Limberg, welche durch Bebauungspläne bedroht sind. Der Rat spricht sich wenigstens für die mittelfristige Weiternutzung aus. Die ansässigen Künstler*innen selbst haben die Idee, ein Musikerdorf in diesem Areal zu gründen. „Es wäre schade, wenn ein solches Projekt dann bei Bebauung vernichtet werden würde,“ so Giesela Brandes-Steggewentz.

Für uns im Rat

Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)

0152/56750888

Heidi Reichinnek

0170/4060502

Fraktionsgeschäftsstelle

Anke Kuhn und Lars Wöllecke

Zimmer 19, Bierstraße 29/31

Öffnungszeiten:

Mo., Di. u. Do.: 09:00-14:00

Telefon:

0541/323 4595

eMail:

linksfraktion@osnabrueck.de

Online:

Website: linksfraktion-os.de

Twitter: [@linksfraktionos](https://twitter.com/linksfraktionos)

Facebook: [Fraktion DIE LINKE Osnabrück](https://www.facebook.com/FraktionDIE.LINKE.Osnabrueck)